

Klinikreform aus dem Elfenbeinturm

VON ANTJE HÖNING

So kann es nicht weitergehen: Patienten erhalten künstliche Kniegelenke, obwohl sie die nicht brauchen. Sie werden am Rücken operiert, obwohl es nicht nötig ist. Krebspatienten werden von Ärzten behandelt, die wenig Routine haben. Das System der Fallpauschalen in seiner jetzigen Form verleitet manches Haus dazu, Masse zu machen, statt Klasse anzubieten. Zugleich führte der Mangel an Ärzten und Pflegekräften dazu, dass überall die Personaldecke zu kurz ist. Daher ist es richtig, dass der Bundesgesundheitsminister eine Klinikreform auf den Weg bringen will. Doch wie so oft bei Karl Lauterbach gibt es Politik aus dem Elfenbeinturm, die im praktischen Leben scheitert. Das zeigt die Studie der Krankenhausgesellschaft. Ein böses Sprichwort sagt zwar, man solle nicht die Frösche fragen, wenn man einen Sumpf trockenlegen will. Doch selbstredend kann man eine Klinikreform nicht planen, ohne die konkreten Auswirkungen zu ermitteln. Dass Lauterbach das nicht mitgeliefert hat, ist schon mal fahrlässig. Die Folgen seiner Politik per Excel-Tabelle sind gravierend: Danach würde die Zahl der NRW-Kliniken, die sich um Geburten, Herzinfarkt- und Schlaganfallpatienten kümmern, dramatisch sinken.

NRW hat sich längst aufgemacht, die Reform mit Kliniken und Kassen zu stemmen. Das soll das Meisterstück von Karl-Josef Laumann werden. Gewiss: Auch der Landespolitiker wird um Schließung und Konzentration, gerade in Großstädten, nicht herumkommen. Und wenn die Krankenhäuser das nicht einsehen, wird es Ministerentscheide geben. Doch es wird eine praktikable Reform werden. Laumann hat Lauterbach die Zusage abgerungen, dass die Bundesreform zustimmungspflichtig wird. Das zwingt den SPD-Politiker zur Kooperation. Der erfahrene Laumann wird sich seine Klinikreform vom Heißsporn aus Berlin nicht kaputt machen lassen. Eine gute Perspektive für Patienten.

Der Wettlauf der Logistik

VON HOLGER MÖHLE

Tempo kann in diesen Tagen und Wochen des Ukraine-Krieges den Unterschied machen. Russland lässt seine Kriegs- und Rüstungsmaschinerie auf Hochtouren laufen. Vor der erwarteten russischen Frühjahrsoffensive dringt wiederum die Ukraine im Westen auf Nachschub bei Munition, auf Panzer, auch auf Kampffjets. Längst ist ein regelrechter Logistik-Wettlauf entbrannt: Wer liefert wie schnell? Wer bildet in möglichst kurzer Zeit ukrainische Soldaten etwa am Kampfpanzer Leopard aus?

In gut einer Woche jährt sich der Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine. Das ist die westliche Lesart. Aus Sicht der Ukrainer führt Russland seit beinahe zehn Jahren Krieg gegen ihr Land – seit dem Einmarsch und der Annexion der Krim im Frühjahr 2014. Wenn Präsidenten, Regierungschefs, Außen- und Verteidigungsminister aus aller Welt ab Freitag in München für drei Tage bei der Sicherheitskonferenz viel über den Ukraine-Krieg sprechen, wird es auch um militärische Unterstützung gehen müssen. Denn sollte die Ukraine nicht mehr in der Lage sein, sich zu verteidigen, wird sie aufhören zu existieren. Schon wird laut darüber nachgedacht, Deutschland müsse auch im eigenen Interesse und zu seinem eigenen Schutz seine Rüstungsproduktion umstellen – auf Kriegsindustrie. Ein hässliches Wort. Verteidigungsminister Boris Pistorius hat schon Munitionsnachschub für den Flugabwehrpanzer Gepard geordert.

Ob Deutschland und andere Nato-Staaten eines Tages auch Kampffjets liefern werden, ist derzeit offen, was auch bedeutet, dass es nicht ausgeschlossen ist. Nach der Panzer-Wende also auch eine Kampffjet-Wende der Bundesregierung? Aktuell muss Deutschland Partnerländer an ihre Zusagen erinnern, die erst Druck gemacht haben und nun offenbar nicht liefern können. Tempo bei der Ankündigung hilft der Ukraine aber nicht. Sie braucht Tempo bei der Lieferung.



RICHTUNGSWEISEND

RP-KARIKATUR: NIK EBERT

ANALYSE Auch das Bistum Essen hat jetzt eine Missbrauchsstudie veröffentlicht. Darin geht es weniger um Verantwortliche als darum, wie das System sexualisierte Gewalt möglich machte und vertuschen konnte.

Die toxischen Strukturen der Kirche

VON LOTHAR SCHRÖDER

Mag sein, dass manche nichts mehr davon hören können. Oder auch nicht mehr hören wollen. All diese Missbrauchsgeschichten, die immer wieder erzählt werden müssen, weil sie so lange ungehört blieben.

Wie der Fall des katholischen Pfarrers S. N., eines Intensivtäters, der 1973 Neupriester im Bistum Essen wurde. Ein erster, karger Vermerk seiner Schuld findet sich in der Personalakte am 1. Februar 1980 mit dem Hinweis einer Freistellung und der Versetzung in eine Münchner Pfarrei – nicht ohne ein anteilnehmendes Schreiben des damaligen Essener Generalvikars: „Wir wünschen Ihnen für Ihre Tätigkeit in München Gottes Segen und erwarten, dass Sie Ihre Aufgabe mit priesterlichem Eifer und Verantwortungsbewusstsein ausüben werden. Besondere Wünsche gelten Ihrer Gesundheit.“

Welche Taten S. N. dann auch im Erzbistum München begeht, wo damals Kardinal Joseph Ratzinger Erzbischof ist, wird lange Zeit nur verkläuselt hinterlegt. 1986 verurteilt ein Amtsgericht den Priester zu einer Freiheitsstrafe von 18 Monaten auf Bewährung und einer Geldstrafe von 4000 Mark. Es folgen weitere Versetzungen, weitere Gemeindegemeinschaften, bis ihn 2010 der Essener Bischof Franz-Josef Overbeck in den einstweiligen Ruhestand versetzt. 23 Betroffene sexualisierter Gewalt finden sich bis dahin in den Akten von S. N.

An sechs Beispielen – wie dem genannten Fall – versucht eine neue Missbrauchsstudie, diesmal für das Essener Bistum, Unfassbares darzustellen. Nach vielen anderen katholischen Bistümern geht das Ruhrbistum diesen Schritt, das mit gerade einmal gut 700.000 Mitgliedern wie ein kleiner Nachzügler zu den weit größeren Erzbistümern wie Köln und München wirkt. Doch das hat

seinen Grund: Fast drei Jahre hat das Münchner Institut für Praxisforschung und Projektberatung (IPP) sexualisierte Gewalt umfassend sozialwissenschaftlich aufgearbeitet und nicht – wie bislang üblich – vornehmlich juristisch.

Worum es diesmal geht? Um die Dynamiken und Mechanismen sexualisierter Gewalt bis in die Gemeinden hinein, um den Umgang mit Tätern und die „unvorstellbare Wucht“ sexualisierter Gewalt auf alle Akteure, wie es Johannes Norpoth, Sprecher des Betroffenenbeirats der Deutschen Bischofskonferenz, am Dienstag bei der Präsentation der fast 500 Seiten umfassenden Studie beschrieb.

Es sind vor allem Strukturen, in denen

Missbrauch lange Zeit nahezu ungeahndet bleiben konnte. Dazu gehört auch eine „gewisse Glorifizierung unserer eigenen Geschichte“, so der Essener Generalvikar

„Die Glorifizierung unserer Geschichte muss ein Ende haben“

Klaus Pfeffer
Generalvikar des Bistums Essen

Klaus Pfeffer, die ein Ende habe müsse. Sowie eine Idealisierung des Priesters, des geweihten Mannes, der so nah an Gott und damit unangreifbar zu sein scheint.

Neben den auf mehreren Seiten aufgeführten furchtbaren Missbrauchstaten von Pfarrer S. N. an Kindern sind auch die Reaktionen darauf erschütternd. Wie der Bericht des Münchner Generalvikars, der bei der Anklage des Intensivtäters 1986 seinen Essener Amtskollegen damit beruhigt, dass der Richter ein praktizierender Katholik sei und man hoffen dürfe, dass ein öffentliches Aufsehen dadurch vermieden werden könne. 1990 findet sich dazu in einer Geheimakte des Bistums Essen die Notiz, dass sich „die Dinge beruhigt, auf jeden Fall entschärft haben“. 2003 wird Felix Genn Bischof von Essen; er fragt später zum Fall in München nach, wird von dort beruhigt und rät schließlich selbst, nicht in Panik zu verfallen: „Da nun viele Jahre keine Anrühigkeit mitgeteilt wurde, gibt es mir zumindest die Zuversicht,

INFO

423 Fälle und Verdachtsfälle seit der Gründung

Gewalttaten Das Bistum Essen verzeichnet wesentlich mehr Betroffene sexualisierter Gewalt und Täter als bisher bekannt. Seit der Gründung vor 65 Jahren gibt es mindestens 423 Fälle und Verdachtsfälle. Die Zahlen (Stand Februar 2023) legte das Ruhrbistum am Dienstag bei der Vorstellung einer Aufarbeitungsstudie vor. Danach sind insgesamt 201 Personen beschuldigt, darunter 129 Geistliche und 19 Ordensfrauen.

Studienzahlen Das Münchner Institut für Praxisforschung und Projektberatung (IPP) – erfasste Zahlen bis Oktober 2021 – kommt auf 190 Beschuldigte und 226 Betroffene. 120 stellten einen Antrag auf Zahlung in Anerkennung des Leids. Rund ein Viertel der Betroffenen ist weiblich.

Die Institut Das IPP in München führte die sozialwissenschaftliche Untersuchung in Kooperation mit dem Berliner Institut für Bildung und Forschung im Auftrag des Bistums durch. Die Forschenden werteten in den vergangenen drei Jahren Personal- und Geheimakten des 1958 gegründeten Bistums Essen aus. Sie führten Interviews mit Betroffenen und veranstalteten Gruppendiskussionen in Gemeinden.



Ruhrbischof Franz-Josef Overbeck bei der Studienvorstellung. FOTO: KNA

dass diese Gelassenheit angebracht ist“, schreibt Genn an Prälat Pischel im Oktober 2007. Und dazu liest man die interviewten Betroffenen, die sich wunderten, dass Kaplan N. sich bei den jeweiligen Eltern stets die Erlaubnis einholte, wenn Jungen bei ihm übernachteten. Später schwiegen die Betroffenen voller Angst und Scham. Dazu einer der Betroffenen heute: „Ich hab da mehr daran gedacht, mich zu schützen, mich zu verstecken, dass ich mich ja nie verplappere, dass ich nie auffalle, weil ich wusste anfangs gar nicht, was mit mir ist. Ob das erlaubt war oder nicht, das wusste ich ja zu dem Zeitpunkt gar nicht. Ich hab es über mich ergehen lassen.“ Seine jugendlichen Opfer bedachte der Täter mit Alkohol, Zigaretten, Geschenken, Geld.

Die Studie gibt einen Einblick in den hermetischen Tatkosmos einer Institution, die schlimmste sexualisierte Gewalt möglich machte, begünstigte, vertuschte, viel zu lange unaufgeklärt ließ und somit „Täterkarrieren“ über viele Jahre hinweg möglich machte. Allein im Fall des Intensivtäters N. führt die Studie neun sogenannte kritische Ereignisse an, an denen verantwortlich hätte gehandelt werden müssen.

Die Folgen sexualisierter Gewalt und klerikaler Macht spiegeln sich auch in den Gemeinden wider: Dort gibt es „Fanclubs“ beschuldigter Pfarrer, werden Betroffene Lügner genannt und ausgegrenzt, werden Tatvorwürfe bagatellisiert. Im Bistum Essen soll jetzt unter anderem die Interventions- und Präventionsarbeit intensiviert werden.

Die Studie wirft ein Scheinwerferlicht auf ein dunkles Feld in der Kirche. Es ist auch ein Licht der Aufklärung. Doch noch ist der Kegel schmal. So neu und wichtig es ist, toxische Strukturen zu erkennen, so bleibt es unabdingbar, am Ende auch Personalverantwortliche in der Bistumsleitung zu benennen. Das war nicht das Ziel dieser Studie. Ruhrbischof Franz-Josef Overbeck forderte, dass sich die Kirche „ehrlich“ machen müsse. Dazu gehört dann aber auch eine weitere Studie.

WISSENSDRANG

Nach einer Umfrage des WDR ist die Zustimmung zum sogenannten Gendern in der Bevölkerung zurückgegangen. Gendern wurde allerdings schon immer mehrheitlich abgelehnt. Dabei kommt es auf die Form an. Die Anrede beider Geschlechter wird von den meisten als höflich empfunden. Und geschlechtsneutrale Ausdrücke irritieren nur einige Sprachwissenschaftler. Was die meisten aber ärgert, ist die Einführung von wechselnden Computerzeichen wie Sternchen oder Strichen. Sie sind nicht nur hässlich. Man weiß auch nie, was die neue Sprachmode gerade vorschreibt. Noch unbeliebter ist die Sprechpause innerhalb eines Wortes vor der weiblichen Endung. Niemand versteht, wie das Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern her-

Moralische Moden

Manch einer nutzt das Gendern, um sich als guter Mensch zu profilieren.



MARIA-SIBYLLA LOTTER

stellen soll. Da müsste man schon an Magie glauben. Den Journalist Innen geht es wohl eher darum, „ein Zeichen zu setzen“: öffentlich zu zeigen, dass sie gute Menschen sind, die sich für Geschlechtergerechtigkeit einsetzen. Daraus entsteht ein gesellschaftlicher Mehrwert – allerdings nur für die Sprecher. Der französische Soziologe Pierre Bourdieu hat dies in seiner klassischen Studie über die „feinen Unterschiede“ analysiert. Durch soziale Markierungen etabliert sich eine Person als Mitglied einer Klasse, die sich nicht durch Geld, sondern durch höhere Einsichten von Hinz und Kunz unterscheidet. Früher wurden solche sozialen Distinktionen durch Gespräche über Kunst markiert. Heute sind es moralische Moden, also ver-

bale Moralsignale, welche die innere Schönheit nach außen tragen. Der WDR hat sehr spät gemerkt, dass die moralische Modenschau der Form nach mit dem Grundversorgungsauftrag eines Senders kollidiert. Schließlich wird er von den Gebührenregulierung jener 69 Prozent der Hörerinnen und Hörer finanziert, die sich über die Sprechpausen ärgern. Er empfiehlt, darauf zu verzichten. Ich bin trotzdem gespannt, wie lange sich die Sprechpause bei denen hält, die sich die neue Sprachform mühsam antrainiert haben. Wahrscheinlich so lange, bis die nächste Sprachmode kommt.

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Infektionsbiologin Gabriele Pradel ab.